Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 31. Januar 2013
Ausgabe 022
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› Fast 12 Prozent in München für Volksbegehren gegen Studiengebühren 4
› Bericht zur Wohnungssituation in München 2010 - 2011 vorgestellt 4
› Festlegung des Sanierungsgebiets „Quartierszentrum Trudering“ 5
› 7. Münchner Freiwilligen Messe verzeichnet Besucherrekord 6
› Hans Werner Henze zum Gedenken 6
› Schöffinnen und Schöffen gesucht 7
› Podiumsdiskussion zur Ausstellung „München: Quartier beziehen“ 9
› Sprechstunde im Ausländerbeirat 9
› Vortrag „Barrierefrei Wohnen im Alter“ in der MVHS Nord 9
› „OrgelAlp“ in der Erlöserkirche 10
› Uraufführung „Verklingender Lack“ in der Black Box im Gasteig 10
Antworten auf Stadtratsanfragen **12**
› Beschleunigung des Schulbaus in der Baierbrunner Straße 12
› Planungen des Freistaats auf dem Gelände der ehemaligen McGraw-Kaserne 14
› Rote Karte für Menschenrechtsverletzungen – München zeigt Solidarität mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten! 16
› „Studieren ohne Studiengebühren“ – München macht mit! 17
› Wichtigtuer, Aufpasser oder politische Hilfssheriffs – wofür werden die BA-„Beauftragten gegen Rechtsextremismus“ gebraucht? 18
› Lärm- und Partymeile Gärtnerplatz – was kann die Stadt tun? 19
› Stromabschaltungen – demnächst auch in München? 21

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **23**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 1. Februar, 10.15 Uhr,
Kreisverwaltungsreferat, Foyer, Multifunktionssaal, Ruppertstraße 11
Vor 25 Jahren nahm die Kommunale Verkehrsüberwachung in München ihre Arbeit auf. Anlässlich des Jubiläums informiert Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle über die Entwicklung, den Aufgabenzuwachs und über aktuelle Zahlen. Zudem berichten eine Kollegin und ein Kollege der Verkehrsüberwachung über ihre Erfahrungen, die sie in 25 Jahren auf Münchens Straßen gesammelt haben.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Freitag, 1. Februar, 11 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Pressekonferenz mit Vertragsunterzeichnung des künftigen Chefdirigenten der Münchner Philharmoniker, Valery Gergiev, der 2015 sein Amt antritt. Es sprechen Oberbürgermeister Christian Ude, Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Valery Gergiev und Paul Müller, Intendant der Münchner Philharmoniker.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Freitag, 1. Februar, 19 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht Grußworte im Rahmen der Internationalen Münchner Friedenskonferenz zum diesjährigen Internationalen Forum „Frieden und Gerechtigkeit gestalten". Referenten sind Franz Alt, Journalist und Publizist, Hanne-Margret Birckenbach, Professorin für Friedens- und Konfliktforschung, und Tomás Hirsch, Mitbegründer der Humanistischen Partei Chiles. Zum 11. Mal in Folge richtet der Trägerkreis die Internationale Münchner Friedenskonferenz aus, die vom 1. bis 3. Februar in München stattfindet.

Dienstag, 5. Februar, 10 Uhr, Schyrenstraße 12
Stadtrat Dr. Reinhold Babor (CSU) gratuliert dem Münchner Bürger Joachim Wilk im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Dienstag, 5. Februar, 11 Uhr, Hans-Sieber-Haus, Manzostraße 105 (ein Haus der Münchenstift GmbH)
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Walburga Nothegger im Namen der Stadt zum 102. Geburtstag.

Dienstag, 5. Februar, 19 Uhr, Muffathalle, Zellstraße 4
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und der künstlerische Leiter der Münchener Biennale, Professor Dr. Dr. h.c. Peter Ruzicka, sprechen im Rahmen der Gedenkveranstaltung für Hans Werner Henze (1926 - 2012), den Gründer und ersten künstlerischen Leiter der Münchener Biennale. In einem Konzert, in dem u. a. das Münchener Kammerorchester unter Leitung von Peter Ruzicka zu hören ist, kommen Werke von Hans Werner Henze zur Aufführung. In der Pause (um zirka 20 Uhr) findet im Ampere ein Empfang für geladene Gäste statt.
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 7. Februar, 19 Uhr,
Turnhalle des Pestalozzi-Gymnasiums, Eduard-Schmid-Straße 1 (barrierefrei)
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 5 (Au - Haidhausen), Bezirksteil Au. Der Versammlungsleiter Stadtrat Josef Schmid und die Bezirksausschussvorsitzende Adelheid Dietz-Will informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen den Bürgerinnen und Bürgern Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Bezirksinspektion Ost, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft – Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information. Auch die Bezirksausschussvorsitzende Adelheid Dietz-Will ist zugegen.

Donnerstag, 7. Februar, 15.30 bis 17 Uhr, Sitzungsraum der BA-Geschäftsstelle Süd, Meindlstraße 14 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 6 (Sendling) mit dem Vorsitzenden Markus Lutz.

Meldungen

Fast 12 Prozent in München für Volksbegehren gegen Studiengebühren

(31.1.2013) Das Volksbegehren „Nein zu Studienbeiträgen in Bayern“ hat mit einem enormen Endspurt auch in der Landeshauptstadt München die notwendige Beteiligungsmarke von zehn Prozent deutlich übertroffen. Von den 903.904 stimmberechtigten Münchnerinnen und Münchner haben sich insgesamt 108.345 für das Volksbegehren eingetragen. Das vorläufige Endergebnis liegt damit bei 11,99 Prozent. Der letzte Tag der Eintragung war mit Abstand der stärkste während der zweiwöchigen Frist. Am Mittwoch beteiligten sich noch einmal 23.468 Münchnerinnen und Münchner am Volksbegehren. Die mit großem Abstand am meisten frequentierte Eintragungsstelle war die Stadt-Information im Rathaus. Hier hatten sich bis zum Ende der Frist am Mittwoch um 20 Uhr 73.900 Stimmberechtigte in die Unterstützerlisten eingetragen.

Bericht zur Wohnungssituation in München 2010 - 2011 vorgestellt

(31.1.2013) Der Bericht zur Wohnungssituation 2010 - 2011 mit umfangreichen Hintergrundinformationen ist jetzt dem Stadtrat bekannt gegeben worden. Er ist online unter www.muenchen.de – Stichwort: Bericht zur Wohnungssituation – abrufbar.
Der vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung erstellte Bericht zur Wohnungssituation liefert umfangreiche Hintergrundinformationen zu Trends und Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt im Stadtgebiet. Die Berichtsjahre 2010 - 2011 waren dabei von verstärkter Zuwanderung geprägt. München wächst schneller als erwartet. Dementsprechend reagieren die Immobilienpreise. Gegenüber 2010 stiegen die Preise für Baugrundstücke und Wohnungen 2011 um über sieben Prozent an, die Mieten legten 4,5 Prozent zu. Zudem schmilzt der Bestand an Belegrechts- und Sozialwohnungen. Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk: „Gerade diese Beobachtungen zeigen uns, dass die Stadt München ihre Anstrengungen beim geförderten Wohnungsbau unvermindert fortsetzen muss.“
Die Stadt München zieht alle Register, um den Anteil an preiswertem Wohnraum zu schützen und den Neubau von Wohnungen zu fördern. Im Februar 2012 wurde das wohnungspolitische Handlungsprogramm „Wohnen in München V“ mit deutlich aufgestocktem Budget, von 625 auf 800 Millionen Euro, mit großer Mehrheit beschlossen und damit die Wohnungsbauoffensive 2012 - 2016 gestartet.

„Wohnen in München V“ legt eine Zielzahl für die Schaffung von neuen Baurechten im Umfang von 3.500 Wohneinheiten jährlich und eine Zielzahl von 1.800 geförderten Wohneinheiten pro Jahr fest. Mit den laufenden großen Planungen zum Wohnungsbau, zum Beispiel auf dem Gelände der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne, dem Gelände an der Boschetsrieder Straße oder den Umstrukturierung des Paulaner Geländes in der Au, wird die Baurechtsschaffung auch in den nächsten Jahren auf hohem Niveau fortgesetzt. Mit so genannten Förderquoten, die auf städtischen und auch auf privaten Planungsgebieten Anteile für den sozial gebundenen beziehungsweise sozial orientierten Wohnungsbau festlegen, wird die Grundlage dafür geschaffen, dass in allen Neubaugebieten Wohnungen für möglichst alle Einkommensgruppen entstehen.

Festlegung des Sanierungsgebiets „Quartierszentrum Trudering“
(31.1.2013) Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung hat in seiner gestrigen Sitzung das Sanierungsgebiet „Quartierszentrum Trudering“ festgelegt. Mit dem einstimmigen Beschluss dieser förmlichen Festsetzung soll das Sanierungsgebiet im Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ eine bestmögliche Aufwertung erhalten.
Die Vollversammlung des Stadtrates hatte am 27. September 2009 den Beginn der Vorbereitenden Untersuchungen für das Untersuchungsgebiet Trudering beschlossen. Ein interdisziplinäres Planungsteam hat sich daraufhin mit dem Thema auseinandergesetzt und seine Vorschläge in mehreren Veranstaltungen mit der Öffentlichkeit diskutiert. Das Ergebnis liegt nun als Integriertes Stadtentwicklungskonzept Trudering vor. Es enthält unter anderem einen städtebaulichen Rahmenplan, ein Einzelhandelsentwicklungskonzept und eine Marketingstrategie.
Mit geeigneten Maßnahmen gilt es, lokale Ökonomie, Wohnen sowie die Stadtteilkultur zu stärken. Dabei sind verschiedene verkehrliche, bauliche und grünplanerische Projekte zum Erhalt und der Weiterentwicklung des zentralen innerörtlichen Versorgungsbereichs geplant. Wesentliche Ziele sind die Reduzierung des Durchgangsverkehrs bei gleichzeitiger Erhöhung der Aufenthaltsqualität im Teilbereich der Truderinger Straße vom Bahnhof Trudering bis zur Einmündung des Schmuckerwegs. Außerdem sollen die Bedingungen für Handels- und Dienstleistungsbetriebe verbessert werden. Das Zentrum soll gestärkt werden, bisher ungenutzte Flächen werden aktiviert. Begleitend zum Programmeinsatz wurde ein Geschäftsstraßenmanagement mit dem Stadtteilladen Trudering in der Truderinger Straße 302 eingerichtet.

Das integrierte Stadtteilentwicklungskonzept (ISEK) steht in einer Kurz- wie Langfassung unter folgendem Link zum Download zur Verfügung: *www.aktive-zentren-muenchen.de*

7. Münchner Freiwilligen Messe verzeichnet Besucherrekord

(31.1.2013) Die Münchner Freiwilligen Messe wird immer beliebter. 5.643 Münchnerinnen und Münchner haben am Sonntag, 27. Januar, den Weg in den Gasteig gefunden, um sich über die Möglichkeiten eines freiwilligen Engagements zu informieren. Das ist ein neuer Besucherrekord. Bürgermeister Hep Monatzeder betonte in seiner Begrüßungsrede, wie wichtig in einer Stadt der soziale Zusammenhalt sei und wie sehr sich auch die Stadtspitze über die Bereitschaft der Münchnerinnen und Münchner freue, ihre Zeit, ihren Rat und ihre Tat zu spenden. Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers überreichte an 18 ehrenamtliche Kulturschwestern der Pasinger Fabrik die Anerkennungsurkunde „München dankt" und überbrachte die Glückwünsche von Oberbürgermeister Christian Ude. Wie bunt und vielseitig Engagement sein kann, wurde an der Vielfalt der Aussteller deutlich. Aus dem Bereich „Umwelt", dem Schwerpunkt der diesjährigen Messe, stellten sich zum Beispiel das Artenschutzzentrum des Tierparks, Greencity, die Biotoppatinnen und -paten des Baureferats, der Landesbund für Vogelschutz oder das Münchner Umweltzentrum mit ihren Engagementmöglichkeiten vor.
Besonders gut angenommen wurde das abwechslungsreiche Rahmenprogramm: Neben Vorträgen zum Ehrenamt allgemein und seinen rechtlichen Fragen, begeisterte der 15-jährige Felix Finkbeiner mit seiner Kinderorganisation „Plant for the Planet". Das Kabarett „Kabarest" sorgte für eine amüsante halbe Stunde in der Black Box mit freiem Eintritt.
Die Veranstalter, FöBE (Förderstelle für Bürgerschaftliches Engagement), und die Landeshauptstadt München sehen sich dadurch ermutigt, jedes Jahr eine Messe für die freiwilligen Helferinnen und Helfer in München anzubieten, um die Lücke zwischen denen, die Freiwillige suchen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu schließen.

Hans Werner Henze zum Gedenken

(31.1.2013) Zum Gedenken an Hans Werner Henze, den am 27. Oktober 2012 verstorbenen Gründer und ersten künstlerischen Leiter der Münchener Biennale, veranstaltet das Kulturreferat der Landeshauptstadt München am Dienstag, 5. Februar, um 19 Uhr in der Muffathalle, Zellstraße 4, ein Konzert. Zur Aufführung kommen Werke von Hans Werner Henze: im ersten Teil des Konzerts „Prefazione und Adagio (Epilogo) aus Kammermusik 1958" sowie „Being Beauteous (1963)" für Koloratursopran, Harfe und

vier Celli. Die Ausführenden sind Sarah Maria Sun (Sopran) und das Münchener Kammerorchester unter der Leitung von Peter Ruzicka. Im zweiten Teil des Konzerts steht das Rezital für vier Musiker „El Cimarrón“ auf dem Programm, mit Hector Guedes (Bariton), Burkhard Jäckle (Flöte), Harald Lillmeyer (Gitarre) und Stefan Blum (Schlagzeug). Abschließend wird der Film „Eine Sommernachtstraum-Sinfonie“ gezeigt, den Norbert Beilharz 1996 über und mit Hans Werner Henze produziert hat. Es sprechen im Rahmen des Konzerts Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und der künstlerische Leiter der Münchener Biennale, Professor Dr. Dr. h.c. Peter Ruzicka.
Aus dem Kondolenzschreiben von Oberbürgermeister Christian Ude und Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers zum Tod von Hans Werner Henze: „Vor allem wir in München sind ihm zu besonderem Dank für sein Wirken verpflichtet. Seit den ersten Aufführungen seiner Werke in der damals von Karl Amadeus Hartmann geleiteten ‚musica viva’ in den 50-er Jahren hat er hier tiefe Spuren hinterlassen. Dem unermüdlichen und außergewöhnlichen Engagement Hans Werner Henzes ist es zu verdanken, dass vor mehr als zwei Jahrzehnten mit der Münchener Biennale ein städtisches internationales Festival für neues Musiktheater gegründet wurde, das bis heute das Profil unserer Stadt als eine der führenden Metropolen im Bereich der zeitgenössischen Musik maßgeblich prägt und das als ein lebendiges Experimentierlabor im Bereich des neuen Musiktheaters nach wie vor weltweit einzigartig ist. Die herausragenden Verdienste Hans Werner Henzes würdigte die Landeshauptstadt München 1991 mit der Verleihung der Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens“ in Gold und 1995 mit dem Kulturellen Ehrenpreis, der höchsten Auszeichnung der Stadt in diesem Bereich. Der Tod von Hans Werner Henze ist ein großer Verlust für die gesamte Musikwelt. Sein einmaliges musikalisches Œuvre wird aber auch in Zukunft weiterwirken. Die Landeshauptstadt München wird ihm und seinem Schaffen in großer Dankbarkeit ein bleibendes Gedenken bewahren.“
Die Veranstaltung findet statt mit der freundlichen Unterstützung des Münchener Kammerorchesters, des Muffatwerks und aller Mitwirkenden. Restkarten gibt es für 15 Euro, ermäßigt 10 Euro, über München Ticket und allen bekannten Vorverkaufsstellen. Informationen auch unter: *www.muenchen.de/kulturaktuell*.

Schöffinnen und Schöffen gesucht
(31.1.2013) Für die neue Amtsperiode vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2018 werden in München dringend Schöffinnen und Schöffen gesucht. Jeder, der solch ein verantwortungsvolles und gesellschaftlich wichtiges Amt

ausüben möchte, kann sich **bis 5. April** im Bürgerbüro im Kreisverwaltungsreferat melden.
Schöffinnen und Schöffen sind ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Strafjustiz an den Amtsgerichten und Landgerichten. Sie stehen grundsätzlich gleichberechtigt neben den Berufsrichtern und sind ebenso unabhängig. Während der Hauptverhandlung üben sie das Richteramt in vollem Umfang und mit dem gleichen Stimmrecht wie die an der Verhandlung teilnehmenden Berufsrichter aus. Das Ehrenamt wird über die Dauer von fünf Jahren ausgeübt.
Die Münchner Justiz braucht Schöffinnen und Schöffen, die die Vielfalt in der Stadt repräsentieren und bei Gerichten mitwirken. Daher ist es wichtig, dass sich auch viele Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund für dieses Amt bewerben.
Vom Kreisverwaltungsreferat müssen zirka 2.000 Bürgerinnen und Bürger vorgeschlagen werden. Die endgültige Auswahl trifft dann der Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht.

Wer kann das Ehrenamt ausüben?

- Bürgerinnen und Bürger mit deutscher Staatsangehörigkeit (gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift)
- Bürgerinnen und Bürger, die zum Beginn der Schöffenperiode am 1. Januar 2014 das 25. Lebensjahr, aber noch nicht das 70. Lebensjahr vollendet haben
- München ist Haupt- oder Nebenwohnsitz
- es bestehen keine Ausschlussgründe zur Bekleidung öffentlicher Ämter (*www.verwaltung.bayern.de/egov-portlets/xview/Anlage/1914500/DasSchoeffenamtinBayern.pdf)*

Was ist für eine Bewerbung notwendig?

Es genügt eine formlose Mitteilung (per Brief, Fax oder E-Mail) mit folgenden Angaben: Name, Vorname, Geburtsdatum, aktuelle Adresse in München.
Kontakt: Landeshauptstadt München, Kreisverwaltungsreferat (KVR), Hauptabteilung II Einwohnerwesen, Bürgerbüro II/212 – Auskünfte und Sperren, Zimmer 065 (Eingang: Ruppertstraße 11), Ruppertstraße 19, 80337 München, Telefon 2 33-4 44 60, Telefax 2 33-4 44 12, E-Mail: melderegisterauskunft.kvr@muenchen.de
Alle Informationen und Antworten auf häufig gestellte Fragen sind auch unter *www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kreisverwaltungsreferat/Buergerbuero/Schoeffendienst* abrufbar.

Podiumsdiskussion zur Ausstellung „München: Quartier beziehen“
(31.1.2013) Im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung „München: Quartier beziehen – Wohnen und Leben auf früheren Militärflächen“ veranstaltet das Referat für Stadtplanung und Bauordnung am Dienstag, 5. Februar, um 19 Uhr eine Podiumsdiskussion zum Thema „Leben in den neuen Stadtquartieren“ in der Rathausgalerie, Marienplatz 8. Gemeinsam mit Sozialreferentin Brigitte Meier, Marie-Therese Krings-Heckemeier, Empirica, Berlin und Vertreterinnen und Vertretern der beiden Bewohnervereine der Quartiere Nordhaide und Ackermannbogen möchte Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk über das Leben und Wohnen in den neuen Stadtquartieren diskutieren. Welche Erfahrungen wurden gemacht und welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für zukünftige Planungen? Die Moderation übernimmt Nicolette Baumeister.
Die Ausstellung „München: Quartier beziehen – Wohnen und Leben auf früheren Militärflächen“ ist bis 28. Februar täglich von 11 bis 19 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.
Weitere Infos bei: Christian Fuchs, christian.fuchs@muenchen.de, Telefon 2 33-2 21 02, *www.zukunft-findet-stadt.de* und *www.muenchen.de/plan*.

Sprechstunde im Ausländerbeirat
(31.1.2013) Die nächste Sprechstunde der Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Nükhet Kivran, findet am Montag, 4. Februar, von 16.30 bis 18 Uhr in der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates, Burgstraße 4, Zimmer 031.1, statt. Das Angebot richtet sich an ausländische und deutsche Bürgerinnen und Bürger, die Fragen zum Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen erörtern möchten oder ein ausländerpolitisches Anliegen haben. Außerdem berät Kivran über Möglichkeiten der Zuschussvergabe für integrative Projekte.
Um Wartezeiten zu vermeiden, empfiehlt der Ausländerbeirat eine vorherige Terminabsprache in der Geschäftsstelle unter Telefon 2 33-9 24 54.

Vortrag „Barrierefrei Wohnen im Alter“ in der MVHS Nord
(31.1.2013) Barrierefreies Wohnen hat viele Vorzüge – nicht nur im Alter: So können beim barrierefreien Wohnen beispielsweise Waren ungehindert geliefert werden, Eltern müssen mit dem Kinderwagen keine Stufen mehr überwinden und auch Menschen, die auf Krücken angewiesen sind, können sich meist nach wie vor im eigenen Zuhause selbständig bewegen. Beim Neubau oder der Sanierung eines Bestandsgebäudes sollte Barrierefreiheit daher in die Überlegungen miteinbezogen werden, wie Architekt Michael Klingseisen am Dienstag, 5. Februar, um 19 Uhr in der Münchner

Volkshochschule (MVHS) Nord, Troppauer Straße 10, zeigen wird. Der Eintritt ist frei.
Die MVHS bietet in Kooperation mit dem Bauzentrum München eine Vortragsreihe mit dem Themenschwerpunkt „Bauen, Wohnen und Sanieren" an. Die Dozentinnen und Dozenten sind Baufachleute und meistens Mitglieder des ehrenamtlichen Beratungsteams im Bauzentrum München.

„OrgelAlp" in der Erlöserkirche

(31.1.2013) Zum zweiten Mal lädt die Evangelische Stadtakademie München mit Unterstützung des Kulturreferats der Landeshauptstadt München zur „Nach(t) der Avantgarde": Am Samstag, 2. Februar, um 19 Uhr gibt es bei „OrgelAlp" in der Erlöserkirche/Münchner Freiheit ungewöhnliche Kombinationen von Orgel und Alphorn, Schlagwerk, Zither, Akkordeon und Stimme. Fünf Uraufführungen sowie Chorwerke mit dem via-nova-chor München stehen auf dem Programm.
Als Auftragsarbeiten kommen Kompositionen von Christoph Well, Manuela Kerer, Andreas Willscher, Viera Janacekova und Richard Heller für „Orgel plus" erstmals zu Gehör. Manuela Kerer zum Beispiel verbindet bei ihrer Uraufführung „Wenn der Berg bricht sucht Bauer Frau" Perkussion mit Orgel. Die Südtirolerin beschäftigt sich mit der fortschreitenden Gletscherschmelze und der zunehmenden Erosion in den Alpen und stellt sie der oft kitschig-romantischen Alpen-Darstellung in den Medien musikalisch gegenüber. Weitere Ausführende sind Michael Grill (Orgel), Christoph Well (Alphorn), Thomas Zeitlhöfer (Zither), Stefanie Schumacher (Akkordeon), Leander Kaiser (Schlagwerk) und Shihomi Inoue-Heller (Sopran) - und der vielfach preisgekrönte via-nova-chor unter der Leitung von Florian Helgath (mit Chorwerken von John Cage, Bernd Engelbrecht, Charlotte Seither u.a.). Tickets für „OrgelAlp" sind für 10 Euro, ermäßigt 5 Euro, an der Abendkasse erhältlich. Kartenreservierungen sind unter Telefon 5 49 02 70 oder info@evstadtakademie.de. Informationen im Internet auch unter *www.evstadtakademie.de*.

Uraufführung „Verklingender Lack" in der Black Box im Gasteig

(31.1.2013) Am Freitag, 1. Februar, hat das Werk für Piano und Fotoprojektionen „Verklingender Lack" der Pianistin und Komponistin Laura Konjetzky in der Black Box im Gasteig seine Uraufführung. „Verklingender Lack" ist eine 60-minütige musikalische Erzählung von der phantastischen Abenteuerreise eines Flügels in die Wildnis, kombiniert mit visuellen und akustischen Elementen. Fotoprojektionen, Licht und Komposition fließen zu einer Einheit zusammen, die das Publikum von der Zivilisation in die Natur

schickt – immer auf den Spuren des Konzertflügels, der immer mehr Teil der Natur wird.
Karten für „Verklingender Lack“ am Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, in der Black Box, Gasteig, Rosenheimer Straße 5, sind für 17 Euro, ermäßigt 12 Euro, im Vorverkauf bei München Ticket, *www.muenchenticket.de*, oder an der Abendkasse erhältlich.
Laura Konjetzky hat für das Projekt „Verklingender Lack” 2010 ein Musikstipendium der Landeshauptstadt München erhalten. Informationen auch unter: *www.verklingenderlack.de*

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 31. Januar 2013

Beschleunigung des Schulbaus in der Baierbrunner Straße
Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Amlong, Verena Dietl, Christian Müller, Birgit Volk und Beatrix Zurek (SPD) vom 22.11.2011

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Sie fordern in Ihrem Antrag Nr. 08-14/A 2927 eine Berichterstattung an den Stadtrat. Ich gehe davon aus, dass Sie mit einer Berichterstattung in Form eines Schreibens einverstanden sind.

In Ihrem Antrag haben Sie formuliert, dass der Bau der neuen Grundschule an der Baierbrunner Straße beschleunigt und rechtzeitig realisiert werden soll und in diesem Zusammenhang angeregt, den Schulbau mittels der erklärten Bereitschaft des Investors zu verwirklichen.

Zunächst bitte ich, zu entschuldigen, dass ich Ihren Antrag erst zum jetzigen Zeitpunkt beantworten kann, weil zu dem angesprochenen Thema erst umfangreiche Abklärungen – auch im Hinblick auf die rechtliche Situation – erforderlich waren.

Ich kann Ihnen zum Sachverhalt und zum weiteren Vorgehen nun Folgendes mitteilen:

Selbstverständlich liegt es in meinem großen Interesse, dass für die Bewohner des Neubaugebiets Baierbrunner Straße rechtzeitig die erforderliche schulische Infrastruktur sichergestellt ist.

Da es sich bei dem Neubauareal an der Baierbrunner Straße gezeigt hat, dass Vermarktung und Bau der Wohnungen schneller als erwartet erfolgen, wird eine rechtzeitige Fertigstellung der Grundschule nicht mehr möglich sein.
Um dennoch bereits zum Schuljahresbeginn 2013/14 eine wohnortnahe Versorgung an Grundschulplätzen bieten zu können, ist die Aufstellung von mobilen Schulraumeinheiten geplant, die bis zur Fertigstellung des Schulneubaus bestehen bleiben werden.

Ihr Vorschlag, für die Beschleunigung der Errichtung des neuen Grundschulgebäudes den für die Wohnbebauung tätigen Bauträger mit der Errichtung der Schule zu beauftragen, wurde im Benehmen mit Stadtkämmerei, Baureferat und Planungsreferat rechtlich geprüft mit dem Ergebnis, dass für die Stadt München, die Grundstückseigentümerin ist, die förderrechtlichen Vorschriften einzuhalten sind.
Dies bedeutet, dass keine Direktvergabe an einen Investor erfolgen darf, sondern eine EU-weite Ausschreibung bindend ist.
Ich darf Ihnen aber versichern, dass wir alle Möglichkeiten ausschöpfen werden, um das Bauvorhaben an der Baierbrunner Straße rasch zu realisieren.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Planungen des Freistaats auf dem Gelände der ehemaligen McGraw-Kaserne
Anfrage Stadtrat Alexander Reissl (SPD) vom 14.12.2012

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 14.12.2012 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, für die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung mit Schreiben vom 27.12.2012 Fristverlängerung beantragt wurde und die nun wie folgt beantwortet wird.

In Ihrer Anfrage führen Sie u.a. Folgendes aus:
Seit Abzug der US-Truppen 1992 und diversen Zwischennutzungen zeige nach 15 Jahren der Planung und nach Vorliegen eines Wettbewerbsergebnisses von 1997 der Freistaat Bayern als Grundstückseigentümer wenig Bereitschaft, das Gelände für dringend benötigte Wohnnutzung zu entwikkeln.

Frage 1:
Wie wird das Gelände aktuell genutzt? Welche Flächenanteile liegen brach?

Antwort:
Nach Kenntnis des Referates für Stadtplanung und Bauordnung werden die Flächen der ehemaligen Kaserne westlich der Tegernseer Landstraße für Einrichtungen der Polizei und andere Verwaltungseinrichtungen (z.B. Staatliche Bauverwaltung) genutzt. In den nördlich daran anschließenden Bestandsgebäuden an der Tegernseer Landstraße/Soyerhofstraße sind Wohnungen für Staatsbedienstete untergebracht.
Auf den Flächen östlich der Tegernseer Landstraße sind entlang der Tegernseer Landstraße in den Bestandsgebäuden Wohnungen, im rückwärtigen Bereich diverse gewerbliche Zwischennutzungen und Stellplätze vorhanden. Die mittlerweile unter Denkmalschutz gestellte Halle 19 und ein Teil der angrenzenden Grundstücksfläche ist mit Nutzungen der Bereitschaftspolizei belegt.

Frage 2:
Hat das Referat Kenntnis von Überlegungen des Freistaat Bayern, auf diesem Areal in absehbarer Zeit Wohnungen zu bauen?

Antwort:
Nach Kenntnis des Referates für Stadtplanung und Bauordnung hat der Freistaat die Entscheidung getroffen, langfristig die bestehenden Nutzungen westlich der Tegernseer Landstraße beizubehalten.

Für den Bereich östlich der Tegernseer Landstraße gibt es auch weiterhin Überlegungen zur Entwicklung eines Wohn- und Kerngebietes, ungeachtet der Reduzierung der zu entwickelnden Flächen nach unter Denkmalschutzstellung der Halle 19.

Rote Karte für Menschenrechtsverletzungen – München zeigt Solidarität mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 30.10.2012

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Am 30.10.2012 haben Sie den folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadt München wird, vertreten durch den Oberbürgermeister, im Rahmen des Deutschen Städtetages aktiv, um die Bundesregierung aufzufordern, sich bei der EU für einen Importstopp israelischer Waren aus den von Israel besetzten Palästinensergebieten einzusetzen."

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Ihr Antrag betrifft jedoch eine Angelegenheit, für die die Landeshauptstadt München insgesamt nicht zuständig ist, weshalb eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist.

Mit Ihrem Stadtratsantrag wollen Sie erreichen, dass sich die Landeshauptstadt München bei der EU für einen Importstopp israelischer Waren aus den von Israel besetzten Palästinensergebieten einsetzt. Der Antrag hat ausschließlich außenpolitische Fragestellungen bzw. Fragen der Bundesfinanzverwaltung (Zoll) zum Inhalt. Für beide Themen ist im föderalen Staatsaufbau der Bund zuständig (vgl. Art. 32 GG, Art. 87 GG). Ohne eine spezifische kommunale Betroffenheit ist es der Landeshauptstadt München auch verwehrt, zu allgemeinen, überörtlichen, und vielleicht hochpolitischen Fragen Resolutionen zu fassen oder für oder gegen eine bestimmte Politik Stellung zu beziehen (vgl. Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 30. Juli 1958, Az. 2 BvG 1/58, BVerfGE 8, 122). Die von Ihnen aufgeworfene Problematik betrifft die Landeshauptstadt München weder mehr noch weniger als jede andere Gemeinde in Deutschland.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

„Studieren ohne Studiengebühren“ – München macht mit!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 7.11.2012

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihren Antrag vom 07.11.2012 nehme ich Bezug. Ihrem Antrag haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Die Stadt, vertreten durch den Oberbürgermeister, tritt dem überparteilichen Bündnis ‚Studieren ohne Studiengebühren' (SoS) bei und/oder solidarisiert sich durch eine inhaltlich analoge Resolution mit dem Anliegen des Bündnisses.“

Es handelt sich hierbei um eine Angelegenheit, die außerhalb der städtischen Zuständigkeit liegt.

Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit hiermit erledigt ist.

Wichtigtuer, Aufpasser oder politische Hilfssheriffs – wofür werden die BA-„Beauftragten gegen Rechtsextremismus“ gebraucht?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 12.12.2012

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 12.12.2012 nehme ich Bezug. In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Seit geraumer Zeit ernennen die Münchner Bezirksausschüsse auf eine Initiative des Oberbürgermeisters hin – unter Änderung ihrer Satzung – Beauftragte gegen Rechtsextremismus. Auch die Lokal- und Stadtteilpresse berichtete jüngst über die Einrichtung des neuen Amtes. Allerdings scheinen Stadt und Oberbürgermeister noch keine genauen Vorstellungen darüber zu haben, welche Kompetenzen und Aufgaben die künftige Stadtteilbeauftragten ‚gegen Rechts' haben sollen; schließlich wird der ‚Kampf gegen Rechts' ja bereits auf gesamtstädtischer Ebene von der Fachstelle gegen Rechtsextremismus geführt. Der Öffentlichkeit drängt sich der Eindruck eines ideologisch gespeisten Rundumschlags ohne Substanz auf – zumal Handlungsbedarf mit Blick auf die aktuellen Zahlen der Münchner Polizei eher im Bereich des Linksextremismus gegeben wäre. – Es stellen sich Fragen.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

Frage 1:
Offenbar herrscht auch bei den BA's noch Unklarheit über das genaue Tätigkeitsfeld der künftigen Rechtsextremismus-Beauftragten. Wo ist dieses umrissen und wird der Öffentlichkeit dargestellt? Ggf. wann?

Frage 2:
Warum werden in den Bezirksausschüssen keine Beauftragten gegen Linksextremismus installiert – dies vor dem Hintergrund gefragt, dass es laut „Sicherheitsreport 2011“ der Münchner Polizei im Jahr 2011 zwar 240 Straftaten mit „rechtem“ Hintergrund, gleichzeitig aber 413 Delikte mit „linkem“ Hintergrund gab?

Antwort:
Es handelt sich hier um einen verwaltungsinternen Vorgang, der noch nicht abgeschlossen ist. Zur gegebenen Zeit wird dem Stadtrat hierzu ein Beschlussvorschlag vorgelegt werden.

Lärm- und Partymeile Gärtnerplatz – was kann die Stadt tun?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 20.11.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 20.11.2012 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Darin stellen Sie Fragen zu verschiedenen Problemen am Gärtnerplatz bzw. Vorschlägen des dortigen Arbeitskreises, die das Ziel haben, die Belastung für Anwohner zu reduzieren.

Frage 1:
Inwieweit ist stadtseitig beabsichtigt, Vertretungen betroffener Gärtnerplatz-Anwohner wie etwa den genannten Arbeitskreis (www.streifzug.gaertnerplatz@googlemail.com) künftig wirksamer in die städtischen Planungen einzubeziehen, etwa was Maßnahmen des Baureferats oder KVR-Angelegenheiten angeht?

Antwort:
Der Arbeitskreis Gärtnerplatz wird, wie auch die vorangegangene Mediation am Gärtnerplatz und der örtliche Bezirksausschuss, eingebunden. Mitarbeiter der Stadtverwaltung nehmen häufig an Treffen der Bürger teil, so auch am genannten Streifzug Gärtnerplatz.

Frage 2:
Inwieweit sieht sich die Stadt grundsätzlich in der Verantwortung den betroffenen Anwohnern gegenüber, die ein Anrecht auf lebenswerte Wohnumstände in „ihrem" Stadtviertel gegenüber dem Unterhaltungsbedürfnis häufig rücksichtsloser und zu vieler Partygänger geltend machen können?

Frage 3:
Welche Regelungsmöglichkeiten sieht die Stadt grundsätzlich, um wenigstens die von den Anwohnern am häufigsten monierten Probleme – Vermüllung, nächtlicher Lärm – in den Griff zu bekommen? Wie steht die Stadt dem Vorschlag eines Alkohol-Ausschankverbotes ab einer bestimmten Uhrzeit gegenüber?

Antwort zu Frage 2 und 3:
Die Landeshauptstadt München wird ihrer Verantwortung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten gerecht. Eine umfassende Darstellung sowohl der rechtlichen Rahmenbedingungen wie auch der beabsichtigten weiteren Vorgehensweise wurde am 26.06.2012 in der Sitzung des Bezirksausschusses des 2. Stadtbezirkes Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt bekanntgegeben.

Stromabschaltungen – demnächst auch in München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 11.12.2012

Antwort Referat für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 11.12.2012 führen Sie als Begründung aus:

„Die ‚Energiewende' zeitigt Folgen: nach Aussage der Energie Baden-Württemberg (ENBW), des drittgrößten deutschen Energieunternehmens mit Sitz in Karlsruhe, werden Verbraucher künftig in einem rollierenden System stundenweise komplett vom Strom abgehängt, wenn es im Winter zu Stromengpässen kommt und die Versorger alle Mittel zur Stabilisierung des Netzes bereits ausgeschöpft haben. Stromengpässe könnten in Zukunft auch zu Stromabschaltungen für alle Verbraucher führen. Auf diese Weise könnte der Stromverbrauch um fünf Prozent reduziert werden. Müsste die Entlastung stärker sein, würden die Pausen zwischen den Stromabschaltungen in den einzelnen Regionen kürzer ausfallen. Das Unternehmen hofft, durch diese Radikalmaßnahmen flächendeckende ‚Blackouts' vermeiden zu können. – Der Süden Deutschlands ist von den Auswirkungen der ‚Energiewende' besonders stark betroffen. Wegen der hohen Industriedichte ist hier der Strombedarf sehr hoch, gleichzeitig ist die Versorgung mit Windkraft im Gegensatz zu den Küstengebieten niedrig. Ein langer, kalter Winter mit wenig Wind und Sonnenschein könnte zum Beispiel das Stromnetz in Baden-Württemberg extrem instabil machen, erwartet ENBW. (Quelle: http://m.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energiepolitik/beiengpaessen-plaene-fuer-stromabschaltungen-11983604.html). – Es stellen sich Fragen nach der Situation in und um München."

Ihre Fragen können anhand einer Stellungnahme der Stadtwerke München GmbH (SWM) wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:
Wie sehen die Notfallpläne der SWM für den Fall von Stromengpässen aus? Inwieweit werden ebenfalls – wie bei der ENBW – Stromabschaltungen entweder komplett für eine bestimmte Zeit oder ggf. für einzelne Stadtteile ins Auge gefasst?

Antwort der SWM:
Stromabschaltungen können nur unter bestimmten Voraussetzungen vom Übertragungsnetzbetreiber – hier die TenneT TSO GmbH – gefordert wer-

den. Die Voraussetzungen sind im Einzelnen insbesondere in § 13 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) geregelt.

Frage 2:
Wie ist das Stromnetz in und um München für einen langen, kalten Winter mit wenig Wind und Sonnenschein gerüstet?

Antwort der SWM:
Die Netze der SWM Infrastruktur GmbH sind für die vorhandenen Lastspitzen, wie z.B. in den Wintermonaten, sehr gut aufgestellt. Auch in der Vergangenheit stellte das Stromnetz der SWM Infrastruktur GmbH eine qualitativ hochwertige Versorgung der Landeshauptstadt München sicher.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 31. Januar 2013

Keine Straßenausbaubeiträge für städtebaulich veranlassten Maßnahmen
Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter, Hans Podiuk, Josef Schmid, Mario Schmidbauer und Walter Zöller (CSU)

Neuer Rundfunkbeitrag – wie hoch wird die Stadt zusätzlich belastet?
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU)

Professionell Schneeräumen auf innerstädtischen Hauptverkehrsadern
Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Richard Quaas (CSU)

Freiham all inklusive?!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Anja Berger, Paul Bickelbacher, Jutta Koller, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Ausstellung zur Stadtteilgeschichte und Stadtteilentwicklung im Stadtteil zeigen
Antrag Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Josef Schmid
Hans Podiuk
Walter Zöller
Dr. Georg Kronawitter
Mario Schmidbauer

ANTRAG

30.01.2013

Keine Straßenausbaubeiträge für städtebaulich veranlassten Maßnahmen

Die Stadt München modifiziert die Straßenausbaubeitragssatzung für die Fälle, in denen die zugrundeliegende Maßnahme aus rein städtebaulichen Gründen oder im Rahmen der Stadtsanierung durchgeführt wird. Die Anlieger werden in solchen Fällen nur noch in dem baulich begründeten Umfang herangezogen, die restlichen Kosten trägt die Stadt.

Begründung:
Nach der Straßenausbaubeitragssatzung zieht die Stadt München Anlieger zur Finanzierung heran, wenn die Straßen, Geh- oder Radwege, an die ihre Grundstücke angrenzen, erneuert oder verbessert werden. Die Formulierung „erneuert oder verbessert“ in der Satzung kann sich dabei nach Auffassung der CSU-Stadtratsfraktion nur auf baulich notwendige Erneuerungen oder Verbesserungen beziehen. Das heißt, die Bürgerinnen und Bürger müssen dann zahlen, wenn sich die Straße in einem sanierungsbedürftigen Zustand befindet.

Wenn eine Maßnahme aber im Rahmen der Stadtsanierung nötig ist oder dazu dient, eine städtebauliche Verbesserung durchzusetzen, oder ist eine Inanspruchnahme der Anlieger in voller Höhe der anfallenden Kosten nicht zu rechtfertigen. Daher werden in diesen Fällen künftig nur noch die wirklich baulich bedingten Kosten berechnet.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat, Fraktionsvorsitzender,
Hans Podiuk, Stadtrat,
Walter Zöller, Stadtrat,
Mario Schmidbauer, Stadtrat,
Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Richard Quaas

ANFRAGE
31.01.13

Neuer Rundfunkbeitrag – wie hoch wird die Stadt zusätzlich belastet?

Die Einführung des neuen Rundfunkbeitrags bringt, trotz der Absicht, dass die Reform für die öffentliche Hand aufkommensneutral sein sollte, offensichtlich für die Kommunen erhebliche Mehrbelastungen mit sich. Die Stadt Köln hat z.B. angekündigt die Zahlung der Gebühren vorläufig zu verweigern, andere Gemeinden wollen dem Beispiel folgen. Grund ist offenbar die schwer kalkulierbare Belastung für die Kommune, die mit der Umstellung einhergeht. "Wir können den Steuerzahlern nicht zumuten, auf Verdacht eine nicht exakt ermittelte Gebühr zu entrichten", sagte die Sprecherin der Stadt dem Kölner Stadt-Anzeiger. Nachdem auch die Landeshauptstadt München von der Umstellung genauso, wie Köln betroffen sein dürfte, stellen sich auch hier Fragen und es sind wahrscheinlich auch hier erhebliche Kostensteigerungen zu erwarten.

Ich frage deshalb den Oberbürgermeister:

1. Ergeben sich für die Landeshauptstadt München durch die Einführung des neuen Rundfunkbeitrages auch Mehrkosten gegenüber den bisherigen Zahlungen oder gibt es hier noch keine Kalkulation, wie sich die Neuregelung für die Stadt auswirkt?
2. Welche Summe müsste die Stadt bislang an die GEZ im Jahr abführen und mit welcher Summe ist in Zukunft zu rechnen?
3. Denkt die Stadt, ebenso wie Köln, an eine vorläufige Verweigerung der Zahlungen?
4. Was hat der Oberbürgermeister als Städtetagspräsident bislang in der Angelegenheit unternommen?
5. Ist von Seiten der Stadt München eine Initiative, z.B. über den Städtetag, zu erwarten, die auf eine Änderung des “neuen” Rundfunkbeitrages dringt, so dass die abzuführenden Gebühren, dem früheren Stand entsprechen?

Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, www.csu-rathaus-muenchen.de
email: kontakt@richardquaas.de, Tel.: dienstlich 210 140-53

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat Richard Quaas

ANTRAG
31.01.13

Professionell Schneeräumen auf innerstädtischen Hauptverkehrsadern

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Schneeräumung auf innerstädtischen Hauptverkehrsadern wird insbesondere im Bereich der öffentlichen Randstellplätze so intensiviert, dass nicht mehr durch ungünstig parkende Autos Tramtrassen blockiert werden. Es ist zu prüfen, ob der Zusatzaufwand durch Einnahmen aus den Münchner Parkgebühren gedeckt werden kann .

Begründung:
Die MVG beklagt, dass ihre Trams regelmäßig nach starken Schneefällen mit liegenbleibendem Altschnee durch parkende Autos behindert werden /1/, die einen regulären öffentlichen Stellplatz nutzen und dabei meist nur gering, aber leider “wirksam“ der Tram den Weg versperren.

Kleine Ursache – große Wirkung: Wenige Zentimeter entscheiden darüber, ob die Tram durchkommt oder nicht. Beide Bilder sind in der Bayerstraße entstanden, am 21. (links) und 19. Januar (rechts). Die Linien 18 und 19 waren in beiden Fällen unterbrochen.

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Es erscheint hier müßig, auf die Gesetzeslage zu verweisen, zumal in der Praxis öffentliche Stellplätze in der Innenstadt ausgesprochen rar und zahlungspflichtig sind. Es wäre allen Beteiligten – Autofahrer/-innen und Fahrgäste – besser gedient, das Problem an der Wurzel zu lösen und den Schnee an diesen neuralgischen Stellen einfach zu beseitigen, wie es z. B. in Wintersportorten gang und gäbe ist..

Quelle

/1/ http://www.mvg-mobil.de/presse/2013-01-21_mvg-pressemeldung.pdf

Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Richard Quaas
Stadtrat

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
STADTRATSFRAKTION
ROSA LISTE
MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 30.1.2013

Freiham all inklusive?!

Antrag:
In Freiham wird ein neuer Stadtteil entstehen, dieser soll von Anfang an inklusiv geplant werden und so zu einem Modellstadtteil nach den Vorgaben der UN-BRK werden.
Folgende Punkte sollen hierbei besonderes Augenmerk erhalten:

- Das geplante Förderzentrum auf dem Schulcampus soll ein Kompetenzzentrum für Kinder mit Förderbedarf werden, in dem keine SchülerInnen unterrichtet werden, sondern die sonderpädagogischen Lehrkräfte die Regelschulen unterstützen.
- Die gesamte Infrastruktur muss inklusiv geplant werden. d.h. Barrierefreiheit, Farbmarkierungen, Blindenmarkierungen etc.
- Die geplanten (Dienstleistungs)angebote sollen sowohl für die Nutzerinnen und Nutzer als auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nutzbar sein.
- Bei den neu entstehenden Wohnanlagen ist die Barrierefreiheit umzusetzen.
- In den neu entstehenden Quartieren muss die Daseinsvorsorge für alle Menschen sichergestellt sein

Begründung:

In Freiham wird in den nächsten Jahren ein neues Stadtteil entstehen, das in seinen Ausmaßen mit einer Kleinstadt vergleichbar ist. Für München eine gute Gelegenheit alle Ideen zum Thema Inklusion umzusetzen und so der Umsetzung der UN-BRK im Rahmen des zur Zeit entstehenden Aktionsplans ein Stück näher zu kommen. Wo in vielen älteren Quartieren Barrieren vorhanden sind und diese häufig nur unter großen (finanziellen) Einsatz beseitigt werden können kann hier von Anfang an Barrierefreiheit gedacht und geplant werden. In Freiham können wir ein Stadtteil schaffen, in dem alle Menschen ohne Schwierigkeiten leben können, ein Stadtteil, das als Modell für alle weiteren Planungen in München vorbildhaft sein kann. Schulcampus und Kirchen, öffentlicher Nahverkehr und Straßen und Wege, Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsangebote – überall in Freiham wird Inklusion gelebt.
I

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Jutta Koller
Sabine Krieger
Sabine Nallinger
Paul Bickelbacher
Anja Berger
Sigi Benker

Mitglieder im Stadtrat

Politik, die aufgeht. **ödp.**

ödp. Tobias Ruff, Marienplatz 8, Zi. 174, 80331 München

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

30. Januar 2013

Antrag

Ausstellung zur Stadtteilgeschichte und Stadtteilentwicklung im Stadtteil zeigen

Die Ausstellung "München: Quartier beziehen - Wohnen und Leben auf früheren Militärflächen", welche derzeit im Münchner Rathaus stattfindet, wird anschließend auch in den Stadtteilen gezeigt, in denen die ehemaligen Militärflächen liegen.

Begründung

In der Ausstellung "München: Quartier beziehen - Wohnen und Leben auf früheren Militärflächen", welche bis 28.02.2013 im Münchner Rathaus stattfindet,[1] wird ein bedeutender Bereich der Münchner Stadtteilgeschichte dargestellt. Flächenmäßig ist der Anteil der von militärischer zu ziviler Nutzung umgewandelten bzw. noch umzuwandelnden Flächen größer als die Münchner Altstadt. Sie konzentrieren sich in einigen Stadtbezirken. Deshalb sollte die Ausstellung dort vor Ort gezeigt werden. Als Ausstellungsorte kommen beispielsweise Stadtteilkulturzentren (z.B. Mohr-Villa, 2411, Kulturhaus Milbertshofen) oder auch Schulen der Sekundarstufe in Betracht.

Die Konversion von militärischer zu ziviler Nutzung wird von der ÖDP ausdrücklich begrüßt. Die Ausstellung würde vor Ort einen Anstoß bieten sich mit der Vergangenheit des eigenen Stadtteils kritisch auseinander zu setzen und zugleich die bereits erfolgte oder künftige Nutzung der Konversionsflächen verstärkt zu diskutieren.

Da die Ausstellung bereits konzipiert und dokumentiert ist, würde das auch dezentrale Zeigen der Ausstellung nur geringe zusätzliche Kosten verursachen.

Tobias Ruff
Stadtrat

Ökologisch-Demokratische Partei
im Münchner Rathaus
Dipl.-Forstingenieur Tobias Ruff, Stadtrat
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 174
D-80331 München
Telefon 0 89 / 12 30 55 87
t.ruff@oedp-muenchen.de
www.oedp-muenchen.de

[1] http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/PlanTreff/M-nchen--Quartier-beziehen0.html